

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungsverzeichnis.....</b>	<b>VIII</b>
<b>A. Einleitung .....</b>	<b>1</b>
I. Problemstellung und Untersuchungsgegenstand.....	1
II. Gang der Untersuchung.....	5
<b>B. Technische Grundlagen .....</b>	<b>7</b>
I. Telefonfestnetz .....	8
1. Kupferbasierte Zugangstechnologien.....	8
2. Glasfaserbasierte Zugangstechnologien.....	9
II. Kabelnetz.....	10
III. Mobilfunknetz.....	11
1. Technologiebeschreibung.....	11
2. Mobile und stationäre Mobilfunk-Breitbandzugänge .....	12
<b>C. Staatliche Fördermaßnahmen des Breitbandausbaus.....</b>	<b>14</b>
I. Marktstufen im Telekommunikationsmarkt .....	14
II. Klassische (angebotsseitige) Förderung.....	15
III. Ergänzende Nachfragefördermaßnahmen .....	18
<b>D. Das Vorliegen von Beihilfen nach Art. 107 Abs. 1 AEUV bei der Förderung des Breitbandausbaus.....</b>	<b>20</b>
I. Gewährung staatlicher Mittel .....	20
II. Unternehmen .....	21
III. Begünstigung .....	23
1. Keine marktüblichen Transaktionsbedingungen nach dem Grundsatz des marktwirtschaftlich handelnden Wirtschaftsbeteiligten .....	24
2. Wettbewerbliche Ausschreibungsverfahren als Instrument zur Begrenzung der Beihilfenhöhe .....	26
3. Begünstigte unterschiedlicher Fördermodelle.....	28
4. Mittelbar begünstigte Drittbetreiber und Endnutzer .....	29

a. Drittbetreiber .....	29
b. Endnutzer .....	30
IV. Selektivität .....	31
V. Wettbewerbsverfälschung und Handelsbeeinträchtigung.....	34
VI. Nachfrageförderprogramme .....	36
1. Das Verhältnis Staat zu Nachfrageseite .....	36
a. Beihilfen zugunsten gewerblicher Endnutzer.....	36
b. Ausschluss des Beihilfentatbestandes als De-Minimis-Beihilfen.....	39
c. Die Entscheidung der Kommission „Greece Superfast Broadband (SFBB) Project“ .....	40
d. Zwischenergebnis .....	41
2. Das Verhältnis Staat zu Anbieterseite („mittelbare Beihilfen“).....	42
a. Mittelbare Begünstigungen .....	42
aa. Mittelbare Begünstigungen durch erhöhte Nachfrage .....	42
bb. Die Entscheidung der Kommission „Greece Superfast Broadband (SFBB) Project“ .....	44
cc. Mittelbare Begünstigungen in unterschiedlichen Ausgestaltungsvarianten der Breitbandnachfrageförderung .....	45
b. Die übrigen Beihilfentatbestandsmerkmale .....	47
c. Zwischenergebnis .....	49
VII. Fazit .....	49
<b>E. Beihilfen bei der Förderung des Breitbandausbaus auf Rechtfertigungsebene.....</b>	<b>52</b>
I. Vereinbarkeitsprüfung nach Maßgabe der Breitbandleitlinien auf Grundlage von Art. 107 Abs. 3 lit. c) AEUV .....	53
1. Bedeutung der Breitbandbandleitlinien für die auf Art. 107 Abs. 3 lit. c) AEUV beruhende Vereinbarkeitsprüfung .....	53
2. Sektorspezifische Abwägungsprüfung .....	54
3. Die Unterscheidung von NGA- und Breitbandgrundversorgungsnetzen.....	59

4. Förderzielgebietsweise Differenzierung der Genehmigungsvoraussetzungen für NGA-Netze .....	61
a. Die farbliche Einordnung von Förderzielgebieten in Bezug auf das Vorliegen von Marktversagen und wesentlichen Ungleichheiten .....	61
aa. Weiße NGA-Flecken.....	62
bb. Graue NGA-Flecken .....	63
cc. Schwarze NGA-Flecken.....	66
dd. Keine Berücksichtigung vorhandener Breitbandgrundversorgungsinfrastruktur .....	70
b. Das Erfordernis der wesentlichen Verbesserung zum Nachweis der positiven Auswirkungen der Fördermaßnahme.....	71
c. Das Markterkundungsverfahren zur Ermittlung der privatwirtschaftlichen Investitionstätigkeit und „farblichen“ Einordnung von Förderzielgebieten .....	73
aa. Hohe Anforderungen an die Eigenausbauansagen privater Investoren.....	73
bb. Keine Unterscheidung nach Farbe des Förderzielgebietes .....	75
5. Weitere allgemeine Genehmigungsvoraussetzungen.....	75
6. Zusammenfassung und Beurteilung der breitbandleitlinienbasierten Vereinbarkeitsprüfung.....	80
II. Vereinbarkeit und Freistellung vom Notifizierungserfordernis des Art. 108 Abs. 3 AEUV nach der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung.....	85
1. Die Freistellungsvoraussetzungen nach Art. 52 AGVO im Lichte der Breitbandleitlinien .....	86
2. Freistellungsvoraussetzungen nach Art. 52 AGVO .....	87
3. Beurteilung der Freistellungsvoraussetzungen der AGVO.....	89
III. Regionalbeihilfen.....	91
1. Spezielle Freistellungsvoraussetzungen für Regionalbeihilfen für den Ausbau von Breitbandinfrastrukturen nach der AGVO.....	92
2. Spezielle Anforderungen für Regionalbeihilfen für den Ausbau von Breitbandinfrastrukturen nach den Regionalbeihilfeleitlinien .....	94
3. Beurteilung der Förderung als Regionalbeihilfen .....	95

IV. Nachfrageförderprogramme .....	96
1. Die Anforderungen der Breitbandleitlinien.....	96
2. Die Entscheidung der Kommission „Greece Superfast Broadband (SFBB) Project“ .....	98
3. Bewertung der vorgeschlagenen Ausgestaltungen von Nachfrageförderprogrammen .....	101
V. Mobilfunk.....	105
1. Die Genehmigungsvoraussetzungen der Breitbandleitlinien als Beurteilungsmaßstab .....	105
2. Versorgungsaufgaben .....	107
a) Die Erfüllung von Versorgungsaufgaben im Verhältnis zu staatlicher Ausbauförderung.....	108
b) National Roaming als Ansatz der Förderung des Ausbaus im Rahmen von Versorgungsaufgaben? .....	110
3. Anbindung von Mobilfunkstandorten im Rahmen der Festnetzförderung .....	113
4. Beurteilung .....	115
<b>F. Staatliche Förderung des Breitbandausbaus im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse .....</b>	<b>117</b>
I. Die Systematik der Zulässigkeit staatlicher Ausgleichsleistungen für die Erbringung von DAWI .....	117
II. Breitbanddienste als DAWI .....	119
1. Festlegungsspielraum der Mitgliedstaaten bei der Definition von DAWI .....	119
2. Keine Einschränkung des Festlegungsspielraumes der Mitgliedstaaten für den Breitbandausbau.....	122
3. Sektorspezifische Anforderungen der Kommission in den Breitbandleitlinien: Marktversagen.....	124
4. Weitere Anforderungen der Kommission an die Definition von DAWI .....	127
5. Breitbandausbau in grauen und schwarzen Flecken als DAWI .....	129
a. Keine Beschränkung auf weiße Flecken .....	129

b. Anforderungen an den Ausbau grauer und schwarzer Flecken als DAWI.....	131
6. Zwischenergebnis .....	132
III. Ausschluss des beihilfenrechtlichen Begünstigungsmerkmals bei Erfüllen der <i>Altmark-Trans</i> -Kriterien .....	132
1. Überblick .....	132
2. Betrauung mit der Erfüllung klar definierter gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen.....	133
3. Objektive und transparente Aufstellung der Ausgleichsparameter, nach denen der Ausgleich berechnet wird .....	134
4. Nettomehrkostenprinzip .....	134
a. Allgemeine Vorgaben.....	134
b. Sektorspezifische Erläuterungen der Breitbandleitlinien zum Ausbau weißer Flecken mit rentablen Gebietsteilen .....	135
aa. Beschränkung der Ausgleichsleistungen auf den Ausbau rein weißer Flecken.....	135
bb. Ausschluss rentabler Gebietsteile bereits durch das Markterkundungsverfahren.....	136
5. Effizienzkriterium.....	137
a. Vorrangige Bestimmung der Höhe der Ausgleichsleistungen über Ausschreibungsverfahren.....	137
b. Ex ante vs. ex post Festlegung der Ausgleichsleistungen zur Vermeidung von Überkompensationen .....	138
6. Zwischenergebnis .....	140
IV. Keine erweiterten Möglichkeiten für den Breitbandausbau als DAWI nach den weiteren Instrumenten des DAWI-Pakets.....	141
V. Fazit.....	143
<b>G. Verpflichtungen zum Netzausbau im Rahmen von Universal- und zusätzlichen Pflichtdiensten sowie Finanzierungsfragen .....</b>	<b>145</b>
I. Der Universaldienst als Breitband-Grundversorgungsgewährleistung .....	145
1. Universaldienst nach dem bisherigen EU-Rechtsrahmen und § 78 TKG.....	145

2.	Universaldienst nach dem neuen EU-Kodex.....	148
a.	Universaldienstumfang.....	148
b.	Subsidiarität der Sicherstellungsmechanismen .....	150
3.	Zwischenergebnis .....	151
II.	Höhere Bandbreiten im Rahmen von zusätzlichen Pflichtdiensten.....	151
1.	Zusätzliche Pflichtdienste nach Art. 32 UDRL bzw. Art. 92 EU-Kodex.....	151
2.	Bandbreiten jenseits des universaldienstrechtlich gewährleisteten Grundversorgungsniveaus als zusätzlicher Pflichtdienst .....	153
a.	Unzulässige Bandbreitenfestlegung wegen bereits universaldienstrechtlich zu gewährleistender Mindestbandbreiten.....	153
b.	Das EuGH-Urteil „Base Company NV und Mobistar NV“ .....	154
c.	Zusätzliche Pflichtdienste als zulässige Erweiterung der universaldienstrechtlich gewährleisteten Mindestbandbreiten.....	156
3.	Zwischenergebnis .....	158
III.	Finanzierung .....	158
1.	Unionsrechtliche Finanzierungsoptionen von Universal- und zusätzlichen Pflichtdiensten .....	158
a.	Finanzierungsoptionen nach der UDRL bzw. dem EU-Kodex.....	158
b.	Die Finanzierung von zusätzlichen Pflichtdiensten: Verbot der Anlastung an das einzelne benannte Unternehmen .....	159
c.	Die Finanzierung von zusätzlichen Pflichtdiensten: weitergehende Möglichkeiten? .....	160
2.	Beihilfenrechtliche Aspekte von Umlagefinanzierungen .....	162
a.	Universaldienstrechtliches brancheninternes Umlageverfahren .....	162
aa.	Staatliche Mittel .....	163
bb.	Zurechenbarkeit.....	164
cc.	Zwischenergebnis.....	165
b.	Endnutzerfinanzierter Breitbandfonds .....	166
aa.	Keine staatlichen Mittel bei gesetzlicher Verwendungsanordnung bei Fonds- bzw. Umlagefinanzierungen.....	166

(1) Das <i>Preussen-Elektra</i> -Urteil und weitere Rechtsprechung .....	166
(2) Das <i>EEG-2012</i> -Urteil.....	168
bb. Bedeutung für eine Finanzierung über einen endnutzerfinanzierten Breitbandfonds im Breitbandbereich.....	170
cc. Zwischenergebnis.....	173
3. Finanzverfassungsrechtliche Aspekte .....	173
a. Universaldienstrechtliches brancheninternes Umlageverfahren .....	173
aa. Die finanzverfassungsrechtliche Einordnung der Universaldienstabgabe.....	174
bb. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	177
b. Endnutzerfinanzierter Breitbandfonds .....	180
aa. Sonderabgaben im Rahmen der Finanzierung über einen endnutzerfinanzierten Breitbandfonds.....	180
bb. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	181
4. Ergebnis .....	183
<b>H. Zusammenfassung .....</b>	<b>185</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>190</b>